



Diana Stöcker
Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordnete des Wahlkreises
Lörrach-Müllheim
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030-227-71624
E-Mail: diana.stoecker@bundestag.de
www.diana-stoecker.de

Berlin, 17. Februar 2023

DialogWERKSTATT „Menschenhandel und Zwangsprostitution in Deutschland“

Können und sollten wir mit dem Nordischen Modell auch in Deutschland, dass als „Bordell Europas“ bezeichnet wird, die Nachfrage reduzieren? Diese Frage diskutierte Diana Stöcker MdB (CDU) in ihrer digitalen DialogWERKSTATT mit Sandra Norak, Diplom-Juristin (Univ.), ehemals selbst Betroffene von Menschenhandel und Initiatorin der Betroffenenorganisation Ge-STAC, Katrin Kern, Vorsitzende der Frauen Union Freiburg und Polizistin sowie Frank Heinrich MdB a.D., Experte für Menschenhandel und 50 interessierten Bürgerinnen und Bürgern.

Sandra Norak schilderte sehr persönlich ihre Erfahrungen beim Einstieg ins Milieu. Sie wurde nach Kontaktaufnahme und Herstellen eines vertrauten Verhältnisses von zwei erwachsenen Personen und der sogenannten „Loverboy-Methode“ gezielt emotional manipuliert, um zur Prostitution gedrängt zu werden. Erst einmal in diesem Gewerbe "angekommen" erklärte sie die vielen Faktoren, die es den Frauen sehr schwer bis unmöglich machen, wieder auszusteigen: Über Drohung, Zwang, Gewalt, Isolierung, Scham und das Gefühl, keine Zukunft zu haben bis hin zum von außen eingeflüßten Glauben, eigentlich selbstbestimmt und freiwillig zu handeln. Besonders wichtig war ihr, dass die Aufklärung in der Gesellschaft solch einen Verlauf des Einstiegs ins Milieu möglicherweise hätte verhindern können, hätte sie um die perfiden Manipulationstechniken gewusst, da die Methode des Anwerbens oftmals nach einem erkennbaren Muster verläuft. Ihr war wichtig aufzuzeigen, dass mit der Loverboy-Methode auch junge Frauen aus gutbürgerlichen Kreisen in die Prostitution getrieben werden. Dem pflichtete auch Katrin Kern bei. Sie hob zudem das Abhängigkeitsverhältnis von oftmals sehr jungen und der deutschen Sprache nicht mächtigen Frauen hervor, was es der Polizei und Beratungsstellen sehr schwer mache, einen Kontakt herzustellen. Hier mahnte sie auch die aktuellen Instrumente an: "Die nach dem Prostituiertenschutzgesetz vorgegebenen Gesprächsintervalle mit prostituierten Menschen ermöglichen allermeist nicht das Entstehen eines Vertrauensverhältnisses, das für eine echte Hilfestellung grundlegend wäre. Mit Hilfen muss dringend nachjustiert werden!"

Folgen Sie mir auch auf den Social-Media-Kanälen:
Facebook <https://www.facebook.com/stoeckerdiana> und
Instagram <https://www.instagram.com/stoecker.diana>



Diana Stöcker
Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordnete des Wahlkreises
Lörrach-Müllheim
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030-227-71624
E-Mail: diana.stoecker@bundestag.de
www.diana-stoecker.de

Frank Heinrich, der sich schon lange mit dem Thema Prostitution und Menschenhandel beschäftigt und auch im Bundestag dazu Initiativen anstieß, verwies auf das bereits in vielen Ländern geltende Nordische Modell, nach dem Ausstiegsprogramme erstellt und gefördert werden und anstelle der Prostituierten der Sexkäufer kriminalisiert wird. "Hier wird die Person, die Sex zum Kauf anbietet, weder bestraft, noch erfährt sie eine Ächtung. Dies trifft lediglich den Freier", so Heinrich. Dass das Bewusstsein für die Situation und das Umdenken vom liberalen Ansatz zu einer stärkeren Reglementierung weiter wachsen muss und dies auch tut, zeigte er am Beispiel von Schweden, wo heute 2/3 der Gesellschaft das Nordische Modell befürworten, "Wichtig ist aber auch, dass wir langfristig einen EU-weiten Ansatz zur Lösung der Problematik verfolgen, denn bislang verlagert sich das Problem bei strengeren Regeln in einem Land über die Grenze ins Nachbarland". Dem stimmte auch Diana Stöcker zu, die als Abgeordnete im Dreiland die Grenzproblematik gut kennt: "In Deutschland wurde mit der Legalisierung der Prostitution als Beruf ein massiver Anstieg dieser ausgelöst, ganz besonders auch in Grenzregionen zum Beispiel zu Frankreich oder zur Schweiz. Außerdem zog die Legalisierung das Problem nach sich, dass der Staat Handhabungen im Vorfeld verloren hat. Beispielsweise die sehr präzente Werbung für Sexkauf und Bordelle, die suggeriert, dass es ein ganz normales Angebot wie jeder andere Kauf auch ist". Dem müsste laut Kern gegenüberstehen: "Wer mit Menschen handelt, muss ins Gefängnis!"

Einig waren sich sowohl Expertinnen und Experten als auch das Plenum, dass das Milliardengeschäft mit käuflichem Sex eingedämmt und unattraktiv gemacht werden muss. Auch wenn nicht von heute auf morgen das Nordische Modell eingeführt werden kann, müssen doch alle verfügbaren Maßnahmen im Vorfeld genutzt werden. Hierzu zählt auch ganz besonders die von Sandra Norak angemahnte Aufklärungsarbeit in der Gesellschaft, insbesondere in Schulen für Mädchen und Jungen. Auch der Strafraum für Zuhälterei sollte verändert werden, denn dieser schreckt die Täter in keiner Weise ab. An die Forschung und Politik wurde appelliert, mehr Mut zu haben und das Thema intensiver zu bearbeiten.

Folgen Sie mir auch auf den Social-Media-Kanälen:
Facebook <https://www.facebook.com/stoeckerdiana> und
Instagram <https://www.instagram.com/stoecker.diana>